

Am Rande

Rabatte fürs Volk



Neulich bei Ikea in Dresden. Kurt (Jahreseinkommen: 400 000 Mark) packt den letzten Artikel, einen Badezimmerflickenteppich des Modells „Flinkvorfärben“, aus dem

Einkaufswagen. Dann rechnet die freundliche Kassiererin zusammen: „Macht alles in allem 880 Mark.“ 880 Mark? „Kurt“, sagt die Gattin Ingrid, „Kurt, so dicke ham wir’s nicht.“ Kurt nickt. Ingrid sagt: „Frollein, ich will 15 Prozent Rabatt. Steht mir zu. Steht im Gesetz.“ Aus der Schlange hinter Kurt und Ingrid meldet sich ein sächsischer Mitbürger. „Isch will ooch Rabatt! Wir sind das Volk!“ Kurt sagt, er sei der König von Sachsen, und jetzt sei Ruhe im Glied.

Dann fahren Kurt und Ingrid zu Aldi, wo es gerade einen Computer im Angebot gibt. Zu Hause im neuen Heim, einem klitzekleinen Villachen zu einem wirklich unverschämten Preis, wählt sich Ingrid ins Internet ein. In die Suchmaschine tippt sie „billigbilligbilligbillig“ ein und landet bei rabatte.de. „Kurt, guck dir das an. Der Wahnsinn! Rabattkarten, Rabattshops, Zielgruppen-Rabatte.“ Ingrid arbeitet sich durch die Webseiten. Unter dem Suchbegriff „Essen und Trinken“ landet sie bei „Eiszauberei Leipzig – Die 6. Portion ist gratis“. „Uiuiui“, sagt Kurt, „das lohnt sich. Und gleich um die Ecke.“ Ingrid klickt auf „Sofortrabatte“. „Kurt! Kurt! Hier steht’s ... – ich werd verrückt: Studenten zahlen weniger als die Hälfte! Kurt?“

Kurt war schon nicht mehr da. Kurt war unterwegs zur Uni, wo er einen vorläufigen Studentenausweis beantragte. Mit dem Studentenausweis wollte Kurt dann noch schnell zum Einwohnermeldeamt, wegen eines Wohnberechtigungscheins.

ZUWANDERUNG

„Absoluter Unsinn“

CDU-Generalsekretär *Laurenz Meyer*, 53, über das Nein der CDU zum geplanten Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung

SPIEGEL: Herr Meyer, Innenminister Otto Schily schlägt im Streit um das neue Zuwanderungsgesetz einen Volksentscheid vor. Macht die CDU mit?



Meyer

Meyer: Einen Volksentscheid halte ich für absoluten Unsinn. Schily will dadurch nur vom Unmut der Bevölkerung über seine Vorschläge ablenken, damit sich der Protest nicht bei der Bundestagswahl niederschlägt. Wenn Herr Schily unbedingt einen Volksentscheid will, kann er ihn kriegen, und zwar am 22. September kommenden Jahres.

SPIEGEL: Schließen Sie eine Einigung im Parlament aus?

Meyer: Wenn die Regierung auf ihren Vorschlägen beharrt, gibt es keine Einigung. Man kann nicht in den ersten Satz des Gesetzes schreiben, dass die Zuwanderung gesteuert und begrenzt wird, und dann erlaubt man in den einzelnen Paragraphen mehr Zuwanderung. Das gilt vor allem für die Zuwanderung auf den normalen Arbeitsmarkt, für die geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung und für das Zuzugsalter für Kinder.

SPIEGEL: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert, dass die nachziehenden Kinder höchstens 10 Jahre alt sein dürfen, im Grundwertepapier der Partei stehen aber 18 Jahre. Was gilt?

Meyer: Bisher hat kein Führungsgremium der Partei das Grundwertepapier beschlossen. Wir haben auf dem kleinen Parteitag in Berlin das Zuzugsalter auf 10 Jahre festgelegt. Wenn die Grundwertekommission 18 Jahre fordert, teile ich das nicht: Wir wollen, dass die Kinder Deutsch lernen, damit sie in die Bevölkerung integriert werden. Das können sie aber nicht, wenn sie nur im Ausland die Schule besuchen. Dann geht es wie auf Schienen in die Sozialhilfe.

SPIEGEL: Hat der saarländische Ministerpräsident und Leiter der CDU-Zuwanderungskommission, Peter Müller, noch ein Mandat, mit Herrn Schily zu verhandeln?

Meyer: Peter Müller hat die Position der CDU wesentlich erarbeitet. Aber jetzt läuft das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag. Darüber hinaus kann selbstverständlich jeder unserer Ministerpräsidenten mit dem Innenminister reden, um ihn von unserer Position zu überzeugen.

Nachgefragt

Überzogene Forderung

„Die IG Metall verlangt Lohnerhöhungen von fünf bis sieben Prozent. Wie beurteilen Sie diese Forderung?“

	Gesamt	Arbeitslose	Berufstätige	Berufstätige nach:		Selbständige
				leitende Angestellte/Beamte	sonstige Angest./Beamte	Arbeiter
Sie ist angemessen	35	53	40	45	39	51
Ich halte sie für überzogen angesichts der drohenden Rezession	54	44	51	51	51	41
Sie ist zu gering angesichts der guten Unternehmensgewinne	4	–	4	3	5	6

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 11. bis 13. Dezember; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „ist mir egal“/„weiß nicht“/keine Angabe